

Kämmerei
29.10.2020
Az.: 968.1

		Datum	Sichtvermerk
über	Hauptamt		
und	Bürgermeister Maier		

Zur Behandlung in folgenden Gremien:

Gremium	Datum	Zuständigkeit	
Kommunaler Dialog	09.11.2020	Vorberatung	nicht öffentlich
Gemeinderat	23.11.2020	Entscheidung	öffentlich

Betrifft:

**Neufassung der Hundesteuersatzung
hier: Satzungsbeschluss**

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Hundesteuersatzung.

B. Erath

Satzung über die Erhebung der Hundesteuer vom (Ausfertigungsdatum)

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie §§ 2, 8 Abs. 2 und 9 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Winterlingen am 23.11.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Steuergegenstand

- (1) Die Gemeinde erhebt die Hundesteuer nach dieser Satzung.
- (2) Der Steuer unterliegt das Halten von Hunden durch natürliche Personen im Gemeindegebiet, soweit es nicht ausschließlich der Erzielung von Einnahmen dient.
- (3) Wird ein Hund gleichzeitig in mehreren Gemeinden gehalten, so ist die Gemeinde Winterlingen steuerberechtigt, wenn der Hundehalter seine Hauptwohnung in der Gemeinde Winterlingen hat.

§ 2 Steuerschuldner und Haftung, Steuerpflichtiger

- (1) Steuerschuldner und Steuerpflichtiger ist der Halter eines Hundes.

Bitte Befangenheitsvorschriften beachten

(2) Halter eines Hundes ist, wer einen Hund in seinem Haushalt oder seinem Wirtschaftsbetrieb für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgenommen hat. Kann der Halter eines Hundes nicht ermittelt werden, so gilt als Halter, wer den Hund wenigstens drei Monate lang gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat.

(3) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsmitgliedern gemeinsam gehalten.

(4) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

(5) Ist der Hundehalter nicht zugleich Eigentümer des Hundes, so haftet der Eigentümer neben dem Steuerschuldner als Gesamtschuldner.

§ 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Steuerpflicht beginnt am ersten Tag des auf den Beginn des Haltens folgenden Kalendermonats, frühestens mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird. Beginnt die Hundehaltung bereits am 1. Tag eines Kalendermonats, so beginnt auch die Steuerpflicht mit diesem Tag.

(2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung beendet wird. § 11 Abs. 2 und § 12 Abs. 5 bleiben unberührt.

§ 4 Erhebungszeitraum; Entstehung der Steuer

(1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

(2) Die Steuerschuld für das Kalenderjahr entsteht am 1. Januar für jeden an diesem Tag im Gemeindegebiet gehaltenen über drei Monate alten Hund.

(3) Beginnt die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, so entsteht die Steuerschuld für dieses Kalenderjahr mit dem Beginn der Steuerpflicht.

§ 5 Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt im Kalenderjahr für jeden Hund 84,00 €. Für das Halten eines Kampfhundes oder eines gefährlichen Hundes gemäß Abs. 3 beträgt der Steuersatz abweichend von Satz 1 1.500,00 €. Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, beträgt die Steuer den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Bruchteil der Jahressteuer.

(2) Hält ein Hundehalter im Gemeindegebiet mehrere Hunde, Kampfhunde oder gefährliche Hunde so erhöht sich der nach Abs. 1 geltende Steuersatz für den zweiten und jeden weiteren Hund auf das Doppelte. Werden neben Kampfhunden oder gefährlichen Hunden noch andere Hunde gehalten, so gelten diese anderen Hunde als „weitere Hunde“. Hierbei bleiben Hunde, die ausschließlich der Erzielung von Einnahmen dienen und nach § 6 steuerbefreite Hunde sowie Hunde in einem Zwinger nach § 8 außer Betracht.

(3) Die Definition der Kampfhunde und der gefährlichen Hunde richtet sich nach den §§ 1 und 2 der Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz über das Halten gefährlicher Hunde. Die Entscheidungen der Ortspolizeibehörde über die Kampfhundeeigenschaft und die Einstufung als gefährlicher Hund sind für die Festsetzung der Steuer bindend.

(4) Durch eine Prüfung (sogenannter Wesenstest) im Sinne von § 1 Abs. 4 der Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz über das

Halten gefährlicher Hunde kann nachgewiesen werden, dass keine Eigenschaft als Kampfhund oder gefährlicher Hund im Sinne des Abs. 3 vorliegt. Wird dieser Nachweis erbracht, dann wird für diese Hunde kein erhöhter Steuersatz gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 erhoben.

(5) Die Zwingersteuer für Zwinger im Sinne von § 8 Abs. 1 beträgt das Dreifache des Steuersatzes nach Absatz 1. Werden in dem Zwinger mehr als 5 Hunde gehalten, so erhöht sich die Steuer für jeweils bis zu 5 weitere Hunde um die Zwingersteuer nach Satz 1.

§ 6 Steuerbefreiungen

(1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

1. Hunden, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfsbedürftiger Personen dienen. Sonst hilfsbedürftig nach Satz 1 sind Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen "B", "BL", "aG" und "H" besitzen,
2. Hunden, die die Prüfung für Rettungshunde oder die Wiederholungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen,
3. Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gehalten werden, wenn dies nach der Lage der örtlichen Verhältnisse erforderlich ist,
4. Hunden von Forstbediensteten und von anerkannten Wildtierschützern (§ 48 Jagd- und Wildtiermanagementgesetz, JWMG), sowie von jagdausübungsberechtigten Personen, für die die jagdliche Brauchbarkeit nachgewiesen wird, durch eine Brauchbarkeitsprüfung eines Landesjagdverbandes oder eine entsprechende jagdliche Leistungsprüfung des Jagdgebrauchshundverbandes (JGHV) oder die Anerkennung als Nachsuchehund durch den Landesjagdverband. Der Antragsteller muss im Besitz eines gültigen Jagdscheines sein,
5. Hunden die ausschließlich dem Schutz von Epileptikern oder Diabetikern dienen, wenn nachgewiesen wird, dass sie hierzu geeignet sind.

(2) Anträge auf Steuerbefreiung sind bis zum Ablauf eines Monats nach der Bekanntgabe des Steuerbescheides zu stellen. Mit dem Antrag ist ein schriftlicher Nachweis vorzulegen.

§ 7 Steuerermäßigung

(1) Die Steuer nach § 5 Satz 1 ermäßigt sich auf Antrag um die Hälfte für Hunde, die eine der nachfolgenden Prüfungen mit Erfolg abgelegt haben:

- Begleithundeprüfung IGP (Internationale Prüfungsordnung für Gebrauchshunde), „Augsburger Modell“ mit zusätzlichem Ausbildungsmodul Verkehrsteilnahme
 - Hundeführerschein
 - Begleithundeprüfung IGP (Internationale Prüfungsordnung für Gebrauchshunde)
 - Gebrauchshundeprüfung IGP (Internationale Prüfungsordnung für Gebrauchshunde)
 - vergleichbare Prüfungen anderer Verbände und Arbeitsgemeinschaften
- Die Prüfung muss vor dem in § 9 Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt abgelegt worden sein.

(2) Werden in Abs. 1 aufgeführte Hunde neben anderen Hunden gehalten, so gelten die anderen Hunde als zweiter oder weiterer Hund im Sinne von § 5 Abs. 2.

(3) Anträge auf Steuerermäßigung sind bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu stellen. Mit dem Antrag ist ein schriftlicher Nachweis vorzulegen.

§ 8 Zwingersteuer

(1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag für die Hunde dieser Rasse nach § 5 Abs. 5 erhoben, wenn der Zwinger, die Zuchttiere und die gezüchteten Hunde in das Zuchtbuch einer von der Gemeinde anerkannten Hundezüchtervereinigung eingetragen sind.

(2) Die Ermäßigung ist nicht zu gewähren, wenn in den letzten drei Kalenderjahren keine Hunde gezüchtet worden sind.

§ 9 Allgemeine Bestimmungen über Steuervergünstigungen

(1) Für die Gewährung einer Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung (Steuervergünstigung) sind die Verhältnisse bei Beginn des Kalenderjahres, in den Fällen des § 3 Abs. 1 diejenigen bei Beginn der Steuerpflicht maßgebend.

(2) Die Steuervergünstigung ist zu versagen, wenn

1. die Hunde, für die eine Steuervergünstigung in Anspruch genommen wird, für den angegebenen Verwendungszweck nicht geeignet sind,
2. in den Fällen des § 8 keine ordnungsmäßigen Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt werden oder wenn solche Bücher der Gemeinde nicht bis zum 31. März des jeweiligen Kalenderjahres vorgelegt werden. Wird der Zwinger erstmals nach dem Beginn des Kalenderjahres betrieben, so sind die Bücher bei Antragstellung der jeweiligen Ermäßigung vorzulegen.
3. in den Fällen des § 6 Nr. 2 die geforderte Prüfung nicht innerhalb von zwölf Monaten vor dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt von den Hunden mit Erfolg abgelegt wurde.

(3) Für Kampfhunde und gefährliche Hunde im Sinne von § 5 Abs. 3 werden Steuervergünstigungen nicht gewährt.

§ 10 Festsetzung und Fälligkeit

(1) Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

(2) In den Fällen der §§ 3 und 4 Abs. 3 ist die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag festzusetzen.

(3) Endet die Steuerpflicht im Laufe des Jahres (§ 3 Abs. 2) und war die Steuer bereits festgesetzt, ergeht ein Änderungsbescheid.

§ 11 Anzeigepflicht

(1) Wer im Gemeindegebiet einen über drei Monate alten Hund hält, hat dies innerhalb eines Monats nach dem Beginn der Haltung oder nachdem der Hund das steuerbare Alter erreicht hat, der Gemeinde unter Angabe der Hunderasse schriftlich anzuzeigen. Bei Kampfhunden und gefährlichen Hunden gem. § 5 Abs. 3 ist bei Kreuzungen auch die Rasse des Vaters- und Muttertieres anzuzeigen.

(2) Endet die Hundehaltung oder entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuervergünstigung, so ist dies der Gemeinde innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.

(3) Eine Verpflichtung nach Absatz 1 und 2 besteht nicht, wenn feststeht, dass die Hundehaltung vor dem Zeitpunkt, an dem die Steuerpflicht beginnt, beendet wird.

(4) Wird ein Hund veräußert, so ist in der Anzeige nach Abs. 2 der Name und die Anschrift des Erwerbers anzugeben.

§ 12 Hundesteuermarken

(1) Für jeden Hund, dessen Haltung im Gemeindegebiet angezeigt wurde, wird eine Hundesteuermarke, die Eigentum der Gemeinde bleibt, ausgegeben.

(2) Die Hundesteuermarken gelten für die auf der Marke angegebene Zeit. Die Gemeinde kann durch öffentliche Bekanntmachung Hundesteuermarken für ungültig erklären und neue Hundesteuermarken ausgeben.

(3) Hundezüchter, die zur Zwingersteuer nach § 8 herangezogen werden, erhalten zwei Hundesteuermarken.

(4) Der Hundehalter hat die von ihm gehaltenen, außerhalb des von ihm bewohnten Hauses oder des umfriedeten Grundbesitzes laufenden anzeigepflichtigen Hunde mit einer gültigen und sichtbar befestigten Hundesteuermarke zu versehen.

(5) Endet eine Hundehaltung, so ist die Steuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb eines Monats an die Gemeinde zurückzugeben.

(6) Der Hundehalter darf eine Hundesteuermarke nur für die angezeigte Hundehaltung verwenden und nicht an andere Personen weitergeben.

(7) Bei Verlust einer Hundesteuermarke wird dem Halter eine Ersatzmarke gegen eine Gebühr von 3,00 € ausgehändigt. Dasselbe gilt für den Ersatz einer unbrauchbar gewordenen Steuermarke; die unbrauchbar gewordene Steuermarke ist zurückzugeben. Wird eine in Verlust geratene Steuermarke wieder aufgefunden, ist die wiedergefundene Marke unverzüglich an die Gemeinde zurückzugeben.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Kommunalabgabengesetz handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen § 11 Abs. 1 und 2 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt;
2. entgegen § 12 Abs. 4 den von ihm gehaltenen, außerhalb des von ihm bewohnten Hauses oder des umfriedeten Grundbesitzes laufenden anzeigepflichtigen Hund nicht mit einer gültigen und sichtbar befestigten Hundesteuermarke versieht;
3. entgegen § 12 Abs. 6 eine Hundesteuermarke nicht für die angezeigte Hundehaltung verwendet oder die Hundesteuermarke an andere Personen weitergibt;
4. entgegen § 14 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt.

(2) Ordnungswidrigkeiten können nach § 8 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz in Verbindung mit § 17 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 14 Übergangsregelung

Wer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung einen Kampfhund im Sinne des § 5 Abs. 3 im Gemeindegebiet hält, hat dies innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieser Satzung der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. § 11 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung der Hundesteuer vom 12.11.1996 in der Fassung vom 19.12.2017 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg (GemO) oder auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Absatz 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist, ohne tätig zu werden verstreichen lässt, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
- der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat, oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Dritter die Verfahrensverletzung gerügt hat.

Ausgefertigt:

Winterlingen, den 2020

Maier
Bürgermeister

Kosten/€			
Produkt	6110 0000	Sachkonto 3032 0000 Hundesteuer	
Haushaltsansatz lfd. Jahr	30.000 €	davon für o.g. Maßnahme	€
Mittel stehen zur Verfügung			
Deckungsvorschlag:			



**Neufassung
hier: Satzungsbeschluss**

der

Hundesteuersatzung

Ausgangslage.

Mit einstimmigen Beschluss in der Sitzung vom 28.09.2020 hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, die Hundesteuersatzung zu überarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Auf die Sitzungsvorlage 2020/252 wird ergänzend und erläuternd verwiesen.

Wesentliche Neuerungen sind die Neufestsetzung der Hundesteuer auf 84,- € (bislang 72,- €) für den Ersthund und jeden weiteren Hund auf 168,- € (bislang 144,- €) pro Jahr, sowie die Einführung einer Steuer für Kampfhunde und gefährliche Hunde in Höhe von 1.500 € pro Jahr.

Daneben sind nun erstmals Steuerermäßigungen für Hundehalter mit Hundeführerschein, Begleithundeprüfung oder Gebrauchshundeprüfung in die Satzung eingearbeitet.

Angesichts der umfangreichen Änderungen wurde die Hundesteuersatzung neugefasst. Die bisherigen Steuerbefreiungstatbestände wurden vollumfänglich beibehalten.

Als ergänzende Informationen der Definition Kampfhund und gefährlicher Hunde ist der Sitzungsvorlage auszugsweise die §§ 1 und 2 der Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum über das Halten gefährlicher Hunde beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Hundesteuersatzung.